



GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Datenlage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Es schadet dem Befürwortungsverfahren, wenn Mitglieder der Bundesregierung den Entwurf ihrer Vorausschätzung öffentlich kommunizieren, bevor die Prüfung durch die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung abgeschlossen ist. Die Institute raten, zu der vertraulichen Arbeitsweise zurückzukehren, wie sie sich zuvor bewährt hatte.

Begründung des Ergebnisses

Die Jahresprojektion der Bundesregierung und Veränderungen gegenüber der Herbstprojektion vom Oktober 2023

Die Bundesregierung prognostiziert für das laufende Jahr einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2% und für das kommende Jahr um 1,0% (vgl. Tabelle 1). Im Herbst hatte sie noch Raten von 1,3% und 1,5% erwartet. Damit setzt sie insbesondere für das laufende Jahr die Prognose erheblich herab.

Auch die Einschätzung der potenziellen Wirtschaftsleistung fällt schwächer aus als noch im Herbst. So beläuft sich das kumulierte Wachstum des Produktionspotenzials für den Zeitraum 2024 bis 2028 nunmehr auf 2,6% und liegt damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Ansatz der Herbstprojektion. Diese Abwärtsrevision entspricht dem bislang im Durchschnitt erwarteten Wachstum eines Jahres. Zudem stellt sich das Ausgangsniveau im Jahr 2023 um 0,3% niedriger dar, sodass der mittelfristige Expansionspielraum bei Normalauslastung um 1,0% geschmälert ist.

Einordnung der Jahresprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand Mitte Februar 2024. Die zum Vergleich herangezogenen Winterprognosen der Institute wurden Mitte

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft
Tel +49 431 8814 579
stefan.kooths@ifw-kiel.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Dezember 2023 veröffentlicht, die Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023 datiert vom 27. September 2023.

Bezogen auf das durch die jüngsten Institutsprognosen aufgespannte Spektrum für das laufende Jahr liegt die Bundesregierung mit ihrer BIP-Prognose preisbereinigt unter dem unteren Rand und in nominaler Rechnung über dem oberen Rand. Sie erwartet somit für das Jahr 2024 insgesamt eine geringere ökonomische Aktivität bei zugleich stärkerem binnenwirtschaftlichen Preisauftrieb, der sich verwendungsseitig maßgeblich in einem deutlich höheren Anstieg des Deflators der Bruttoanlageinvestitionen zeigt. Für das kommende Jahr bewegt sie sich in beiden Rechnungen innerhalb des Prognosespektrums der Institute. Ausweislich der prognostizierten Ölpreisentwicklung gehen von den Energierohstoffen im Vergleich zur Herbstprojektion der Bundesregierung preisdämpfende Effekte aus.

Da sich die Arbeitsmarkteinschätzung der Bundesregierung nicht auffällig von der der Institute unterscheidet, schlägt sich die für das laufende Jahr schwächer eingeschätzte realwirtschaftliche Entwicklung in einer mit 0,7% abermals deutlich schrumpfenden Stundenproduktivität nieder. Damit würde dieses Produktivitätsmaß zum ersten Mal im wiedervereinigten Deutschland zwei Jahre in Folge – erheblich – zurückgehen.

Während die Bundesregierung für das laufende Jahr einen Anstieg der Bruttolöhne erwartet, die dem oberen Ende des Prognosebandes entspricht, bewegt sich die prognostizierte Zuwachsrates des privaten Konsums in der Nähe des niedrigsten Vergleichswerts. Dies geht einher mit einem als stärker eingeschätzten Preisauftrieb (gemessen am Deflator des privaten Konsums). Für die Vorausschau auf das kommende Jahr zeigen sich in diesem Kontext keine Auffälligkeiten.

Der Ausblick der Bundesregierung auf die Entwicklung in den deutschen Absatzmärkten hat sich gegenüber ihrer Einschätzung aus dem Herbst für beide Prognosejahre leicht aufgehellt. Zugleich erwartet sie eine Erholung des Welt Handels (gemessen am Weltimportvolumen), nachdem dieser im vergangenen Jahr unerwartet deutlich hinter der globalen Wirtschaftsleistung zurückgeblieben war. Dürfte die Abkoppelung der deutschen Exporte sowie des Weltwarenhandels von der Weltkonjunktur im vergangenen Jahr maßgeblich darauf zurückzuführen sein, dass die globale Aktivität dienstleistungsintensiver ausfiel, fällt dieser Faktor für das Auseinanderklaffen zwischen deutscher Exportleistung und außenwirtschaftlichem Umfeld ausweislich der Vorausschätzung der Bundesregierung für das laufende Jahr weg. Demzufolge müssten Faktoren für die andauernde Exportschwäche verantwortlich sein, die spezifisch das deutsche Verarbeitende Gewerbe betreffen.

Angesichts der schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung im Schlussquartal des vergangenen Jahres und der sich seit dem Herbst insgesamt eintrübenden Signale wichtiger Frühindikatoren, die auch gegenüber den Winterprognosen der Institute enttäuscht hatten und einen schwachen Auftakt im laufenden Jahr erwarten lassen, ist eine Abwärtsrevision gegenüber der Herbstprojektion geboten.

Verschiebungen im Quartalsverlauf schlagen sich um den Jahreswechsel naturgemäß deutlich in der Jahreszuwachsrate nieder. Daher lässt sich das Konjunkturmodell nicht an der prognostizierten Jahresrate ablesen. In der Vorausschau der Bundesregierung ist sowohl binnenwirtschaftlich (maßgeblich über den privaten Verbrauch) als auch außenwirtschaftlich eine Erholung angelegt, die nun aber später einsetzt. Die Neueinschätzung des Produktionspotenzials impliziert indes nur mittelfristig etwas engere Erholungsspielräume.

Insgesamt hält die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose die genannten Abweichungen angesichts der jüngsten Entwicklungen und der bestehenden Unsicherheiten für vertretbar und befürwortet die vorgelegte Projektion.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1**Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung (Februar 2024)**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Annahmen						
BIP-Wachstum Welt	3,1	3,1	3,2			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	82,4	77,1	73,9			
Wechselkurs USD/Euro	1,1	1,1	1,1			
Makroökonomische Projektion						
BIP (nominal)	6,3	3,5	2,8			
BIP (preisbereinigt)	-0,3	0,2	1,0			
Private Konsumausgaben	-0,8	1,1	1,0			
Konsumausgaben des Staates	-1,7	0,7	0,9			
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,7	1,7			
Ausrüstungsinvestitionen	3,0	0,5	3,2			
Bauinvestitionen	-2,1	-2,2	0,7			
Investitionen in sonstige Anlagen	-0,6	2,0	2,0			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	-1,8	0,6	3,4			
Importe von Waren und Dienstleistungen	-3,0	0,8	3,7			
Inländische Verwendung ¹	-0,9	0,3	1,1			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	0,0	-0,3	0,0			
Außenbeitrag ¹	0,6	0,0	0,0			
BIP-Produktionspotenzial	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,3	0,2	0,0			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,3	0,3	0,3			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,1	0,1	0,2			
Preise						
BIP-Deflator	6,6	3,2	1,8	2,0	2,0	2,0
Deflator des privaten Konsums	6,3	2,8	1,8			
Verbraucherpreisindex	5,9	2,8	1,9			
Deflator des Staatskonsums	6,0	4,7	2,2			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	6,5	2,8	2,2			
Deflator der Exporte	0,6	1,1	1,3			
Deflator der Importe	-3,5	0,9	1,7			
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätigkeit (Inland)	0,7	0,2	0,2			
Arbeitsvolumen (in Std.)	0,6	1,0	0,2			
Arbeitslosenquote (BA)	5,7	5,8	5,6			
Bruttolöhne und -gehälter	7,0	5,6	3,7			
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	6,1	5,3	3,5			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	-1,0	0,0	0,9			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	-0,9	-0,7	0,8			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Anlage**Anhangstabelle „Jahresprojektion 2024 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen“****Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Prof. Dr. Stefan Kooths
 Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)
 Tel +49 431 8814 579
stefan.kooths@ifw-kiel.de